

V-23 Gemeinsam für eine gute Daseinsvorsorge für alle: Solidarität mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und der BVG

Antragsteller*in: Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick)
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedenes

1 Im Frühjahr 2025 werden über 2,5 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes
2 bundesweit
3 für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne in Tarifauseinandersetzungen
4 gehen. In
Berlin kämpfen zeitgleich 16.000 Beschäftigte der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
für einen
fairen Lohn.

5 Die Beschäftigten der BVG und des öffentlichen Dienstes sind elementarer Teil
6 unser
7 öffentlichen Daseinsvorsorge: Sie bringen uns durch die Stadt, pflegen und
betreuen uns,
halten Straßen und Parks sauber und bilden nächste Generationen aus.

8 Eine verlässliche und gerechte Daseinsvorsorge ist das Fundament einer
9 lebenswerten und
10 sozialen Stadtgesellschaft. Doch während die Beschäftigten für faire Löhne und
11 gute
12 Arbeitsbedingungen kämpfen, setzt der schwarz-rote Senat auf Sparmaßnahmen, die
13 diese
14 Grundversorgung gefährden. Die geplanten Kürzungen in Höhe von drei Milliarden
Euro treffen
unter anderem die BVG und viele Bereiche des öffentlichen Dienstes hart. Das
schwächt nicht
nur die Qualität der städtischen Infrastruktur, sondern verschlechtert auch die
Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

15 Der schwarz-rote Senat wird den Menschen in Berlin damit nicht gerecht. Kürzungen
16 und das
17 Zurückhalten notwendiger Investitionen zeigt ihre Ignoranz gegenüber den
18 Bedürfnissen der
19 Berliner*innen und dem Wohl der Stadt. Die Konsequenzen solcher Politik sind
20 bereits heute

21 spürbar: Fahrpläne werden ausgedünnt, Wartezeiten verlängern sich, und der
Nahverkehr
verliert an Attraktivität. Eine Politik, die an denen spart, die Berlin am Laufen
halten,
tragen wir Grüne nicht länger mit. Denn sie gefährdet nicht nur unsere
Daseinsvorsorge,
sondern auch das Vertrauen in eine gerechte Stadtpolitik.

22 Im Gegensatz zum schwarz-roten Senat haben wir Grüne in Berlin gezielt in die BVG
23 investiert. So haben wir in den letzten Jahren über 2,5 Milliarden Euro in die
24 Modernisierung und den Ausbau des Nahverkehrs gesteckt, um die Infrastruktur zu
25 stärken und
26 umweltfreundliche, moderne Fahrzeuge anzuschaffen. Mit der Einführung des 29-Euro-
27 Tickets
haben wir die finanzielle Belastung der Fahrgäste gesenkt und den Umstieg auf den
öffentlichen Verkehr gefördert.

28 Wir Grüne wollen Berlin gerecht machen.

29 Deshalb stehen wir solidarisch an der Seite der Beschäftigten und unterstützen
30 ihre
31 Forderungen, die für eine gerechte und funktionierende öffentliche
Daseinsvorsorge
unerlässlich sind.

32 Um den steigenden Lebenserhaltungskosten gerecht zu werden, muss es im
33 Öffentlichen Dienst
34 eine Erhöhung der Gehälter um mindestens acht Prozent oder ein monatliches Plus
35 von
36 mindestens 350 Euro geben. Außerdem müssen die Ausbildungsvergütungen und
37 Praktikumsentgelte
38 um 200 Euro monatlich erhöht werden. Wir unterstützen die Forderung nach drei
39 zusätzlichen
40 freien Tagen und einer Reduktion der Arbeitszeit für die Beamt*innen auf 39
41 Stunden pro
Woche. Denn wer hart arbeitet, sollte sich auch erholen können. Zudem sollen
Gewerkschaftsmitglieder als Anerkennung für ihre wertvolle demokratische Arbeit
einen
zusätzlichen freien Tag erhalten. Beschäftigte in Krankenhäusern und
Pflegeeinrichtungen
haben eine bezahlte Pause in der Wechselschicht verdient, um die gesundheitliche
Belastung
zu mindern.

42 Bei der anstehenden Tarifrunde ist für uns klar, wir stehen hinter den

43 Beschäftigten aus dem
44 Öffentlichen Dienst und der BVG. Zusammen mit der Zivilgesellschaft wollen wir
45 die
Beschäftigten in ihrer Auseinandersetzung für eine gute öffentliche
Daseinsvorsorge
unterstützen.

46 Wir Grüne werden im Abgeordnetenhaus einfordern, dass entsprechende Gelder
47 bereitgestellt
48 werden, um die berechtigten Forderungen der Beschäftigten nach fairen
49 Arbeitsbedingungen und
50 guter Entlohnung zu ermöglichen. Die angekündigten Kürzungen der Berliner CDU
müssen
zurückgenommen werden. Denn sie sind nicht nur kurzfristig, sondern gefährden das
Wohl
unserer Stadt und die Lebensqualität der Menschen, die in ihr leben.

51 Was wir jetzt brauchen sind keine Kürzungen an unserer Daseinsvorsorge sondern
52 eine
53 langfristige, verlässliche Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs und des
gesamten
öffentlichen Dienstes.

Begründung

Im Frühjahr nächsten Jahres werden über 2,5 Mio Beschäftigte in Tarifeinverständigungen über höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gehen. Wir wollen zeigen, dass wir hinter den Beschäftigten und ihren berechtigten Forderungen stehen.

Unterstützer*innen

Leonie Wingerath (KV Berlin-Neukölln), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Felix Ackerschewski (LV Grüne Jugend Berlin), Marie Anna Graser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Tariq Kandil (LV Grüne Jugend Berlin), Tim Junge (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Luisa Böldt (LV Grüne Jugend Berlin), Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Niclas Christ (LV Grüne Jugend Berlin), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte)